



## Protokoll

### **5. Sitzung des Gemeinderates Montag, 26. September 2022, 19:00 Uhr bis 20:18 Uhr Gemeinderatssaal, Stadthaus**

#### **TRAKTANDEN**

- 1 Mitteilungen
- 2 Protokollabnahme
- 3 Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit (KÖS), Ersatzwahl eines Mitglieds für den Rest der Amtsdauer 2022-2026 anstelle des zurückgetretenen Ivo Koller (Grünliberale)
- 4 Weisung 4/2022 des Stadtrates: Verordnung für die gemeinwirtschaftlichen Leistungen der Energie Uster AG
- 5 Weisung 9/2022 des Stadtrates: Globalbudgets 2022, Nachtragskredit GF Gesundheit und Alter
- 6 Weisung 20/2022 des Stadtrates: Projektierungskredit für die Sanierung der biologischen Reinigungsstufe (SBR) und Neubau Stufe Elimination Mikroverunreinigung (EMV) auf der ARA Jungholz
- 7 Weisung 1/2022 des Stadtrates: Beschlussentwurf zur Motion 509/2018 von Richard Sägesser (FDP), Daniel Pellegrini (FDP), Peter Müller (FDP), Jürg Krauer (FDP) betreffend «Bildungszentrum in Uster – auch in Zukunft!»
- 8 Motion 509/2018 von Richard Sägesser (FDP), Daniel Pellegrini (FDP), Peter Müller (FDP) und Jürg Krauer (FDP): «Bildungszentrum in Uster – auch in Zukunft!»
- 9 Motion 674/2022 von Paul Stopper (BPU): Kreditvorlage für die Verlegung der Paul-Kläui-Bibliothek und des Stadtarchives in die ehemaligen ZKB-Gebäude an der Freiestrasse
- 10 Kenntnisnahmen

## Präsenz

|              |  |
|--------------|--|
| Vorsitz      | Jürg Krauer (FDP), Präsident   |
| Protokoll    | Daniel Reuter, Ratsschreiber   |
| Anwesend     | 33 Ratsmitglieder  |
| Stadtrat     | Barbara Thalmann, Stadtpräsidentin<br>Dr. Cla Reto Famos, Abteilungsvorsteher Finanzen<br>Stefan Feldmann, Abteilungsvorsteher Bau<br>Dr. Petra Bättig, Abteilungsvorsteherin Soziales<br>Beatrice Caviezel, Abteilungsvorsteherin Sicherheit<br>Karin Fehr Thoma, Abteilungsvorsteherin Gesundheit<br>Pascal Sidler, Stadtschreiber |
| Entschuldigt | Christoph Keller (SVP)<br>Karin Niedermann (SP), Stimmzählerin<br>Barbara Schäufele-Keel (SVP)<br>Stadträtin Patricia Bernet, Abteilungsvorsteherin Bildung  |
| Presse       | Christian Brändli, AvU   |

Der Präsident begrüsst die Medienleute und die Zuschauer auf der Tribüne. Es handelt sich heute um die 5. Sitzung und nicht die 6. Sitzung.

Es erfolgt der Namensaufruf durch den Ratsschreiber.

## Änderung Tagesordnung

Der Ratspräsident hat TOP 4, Weisung 4/2022, von der Tagesordnung abgesetzt.

### **Ersatzwahl ad hoc für Stimmzählerin Karin Niedermann (SP)**

Es wird vorgeschlagen und gewählt: Balthasar Thalmann (SP).

## 1 Mitteilungen

### **Ivo Koller (Grünliberale), Rücktritt aus dem Gemeinderat**

Ivo Koller zieht aus der Stadt Uster weg und hat darum seinen Rücktritt aus dem Gemeinderat per 30. September 2022 erklärt. **Präsident Jürg Krauer (FDP)** würdigt seine Amtstätigkeit: Ivo Koller wurde am 7. März 2010 für die Jungfreisinnigen Uster (JFU) und am 30. März 2014 für die Bürgerlich-Demokratische Partei (BDP) in den Gemeinderat gewählt. Beide Parteien sind ihm während seiner langjährigen Ratstätigkeit abhandengekommen. (Heiterkeit im Saal)

Seit 2020 wirkte er für die Grünliberalen im Gemeinderat. Und seit 1. Januar 2021 bis heute war er auch Co-Präsident der Grünliberale/EVP-Fraktion.

Von 2010 bis 2013 war er in der KSG und in der RPK. In der KÖS war er von 2014 bis zu seinem Rücktritt aus dem Gemeinderat tätig, davon von 2017 bis 2018 als deren Präsident.

Ivo Koller hat 6 Motionen, 7 Postulate, 3 Leistungsmotionen und 10 Anfragen eingereicht oder mitunterzeichnet. Besonders zu erwähnen ist dabei die Motion 573/2013, mit der die Einführung der „Jugendmotion“ verlangt worden ist. Einmal mehr sieht man an diesem Fallbeispiel, dass es in der Politik Geduld braucht! Max Weber meinte bereits 1919: „Die Politik bedeutet ein starkes langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmass zugleich.“ Leidenschaft und Augenmass zeichnete Ivo Kollers politische Arbeit in und für Uster aus. Namens des Gemeinderats wünsche ich ihm alles Gute und viel Erfolg am neuen Wohnort. (Applaus)

### **Greifenseelauf vom 17. September 2022**

Andreas Pauling hat zusammen mit seinem Sohn Lorin die Kurzstrecke unter die Füße genommen und in seiner Kategorie den guten 109. Platz erlaufen. (Applaus)

Im Halbmarathon gab es 3 Spitzenleistungen. Balz Thalmann hat den Lauf in einer sehr guten Zeit von 1.30.07 absolviert und den 22. Rang erreicht. Die beiden Spitzen von Stadt- und Gemeinderat haben auch Leistung erbracht. (Applaus)

Patricio Frei hat sich ein DNS notieren lassen. Die nächste Spitze.

### **Einführungskurs Parlamentsmitglied**

Am Montag, 3. Oktober 2022, 18 Uhr bis 20 Uhr findet im Gemeinderatssaal der «Einführungskurs Parlamentsmitglied» statt, und zwar über folgende Themen: Überblick kommunale Parlamente Kanton Zürich; Einordnung, Aufbau und Aufgaben des Gemeinderats; Rechte und Pflichten eines Gemeinderatsmitglieds, Vorstösse sowie Anlaufstellen für Gemeinderatsmitglieder.

Dieser Kurs ist für neu gewählte Ratsmitglieder obligatorisch, für die übrigen fakultativ, aber erwünscht und wird in Anwendung von Art. 4 BEV entschädigt. Sie können sich noch heute beim Parlamentsdienst dazu anmelden, damit wir genügend Unterlagen bereitstellen können.

### **Ustertag-Schiessen vom 19. November 2022**

Bald heisst es wieder: Stadtrat gegen Gemeinderat. Wie man hört, sind die Damen und Herren Stadträte bereits fleissig am Trainieren, um die drohende Niederlage abzuwenden. (Heiterkeit im Saal)

Wer den Gemeinderat unterstützen will, kann sich bis Ende dieser Woche bei Benjamin Streit melden. Er koordiniert die Teams des Gemeinderates.

### **Öffentlichkeitsarbeit**

Für den Internetauftritt der Stadt Uster werden in der Ratssitzung vom 14. November 2022 von unserer „Öffentlichkeitsarbeit“ Bilder gemacht.

### **Leistungsaufträge und Globalbudgets 2023**

Die Ratsmitglieder erhalten in der Kalenderwoche 40/2022 (3.-7.10.2022) eine verbindliche Vorlage für die Fragen der Subkommissionen, damit kann eine Terminkoordination zwischen Gemeinderat und Stadtrat sowie Sekundarschulpflege gewährleistet und der Ablauf für alle Kommissionen einheitlich strukturiert werden.

## **2 Protokollabnahme**

Das Protokoll der 4. Sitzung des Gemeinderates vom 5. September 2022 ist am 15. September 2022 öffentlich zugänglich gemacht worden. Beanstandungen sind keine eingegangen. Das Protokoll gilt im Sinne von Art. 57 OrgErl GR als genehmigt.

**3 Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit (KÖS), Ersatzwahl eines Mitglieds für den Rest der Amtsdauer 2022-2026 anstelle des zurückgetretenen Ivo Koller (Grünliberale)**

Die Wahl der Kommissionsmitglieder erfolgt geheim, sofern mehr Kandidaten vorgeschlagen werden, als Sitze zu vergeben sind (Art. 73 OrgErl GR).

Der Präsident der Interfraktionellen Konferenz (IFK), **Markus Ehrensperger (SVP)**, schlägt zur Wahl vor:

Marco Kranner (Grünliberale).

Der Stadtrat hat den Vorgeschlagenen anstelle des aus dem Gemeinderat zurückgetretenen Ivo Koller (Grünliberale) mit Wirkung ab 1. Oktober 2022 als gewählt erklärt (Stadtratsbeschluss 332 vom 23. August 2022).

Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Der Präsident erklärt den Vorgeschlagenen als gewählt.

**Wahl**

**Der Gemeinderat beschliesst:**

- 1. Marco Kranner (Grünliberale) wird mit Wirkung ab 1. Oktober 2022 als Mitglied der Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit für den Rest der Amtsdauer 2022-2026 gewählt.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat.**

**4 Weisung 4/2022 des Stadtrates: Verordnung für die gemeinwirtschaftlichen Leistungen der Energie Uster AG**

Die Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit hat ihre Beratungen noch nicht abgeschlossen.

**Der Präsident hat am 12. September 2022 das Geschäft vertagt.**

## 5 Weisung 9/2022 des Stadtrates: Globalbudgets 2022, Nachtragskredit GF Gesundheit und Alter

Für die Kommission Soziales und Gesundheit (KSG) referiert **Ali Özcan (SP)**: *Der bewilligte Globalkredit des Geschäftsfeldes «Gesundheit und Alter» von 14 297 000 Franken wird für das Jahr 2022 voraussichtlich um mindestens CHF 1 800 000 überschritten.*

*Im Einzelnen führten folgende Gründe zum erwarteten Ausgabenüberschuss beim GF Gesundheit und Alter:*

*Im Juli 2021 hat der Regierungsrat beschlossen, per 1. Januar 2022 den «Leistungskatalog 2020» im Kanton Zürich einzuführen. Damit können die Alters- und Pflegeheime die effektiv erbrachten Pflegeleistungen, insbesondere psychogeriatrische Leistungen sowie Leistungen zugunsten von Personen, die an einer Demenz erkrankt sind, adäquater abbilden. Dies führt dazu, dass per Januar 2022 viele Bewohnende in Uster in eine höhere und damit teurere Pflegestufe eingestuft wurden, was wiederum grosse Mehrkosten für die Stadt zur Folge hat. Dieser Umstand ist für den Hauptteil des Ausgabenüberschusses im stationären Bereich Heime verantwortlich.*

*Ein weiterer Grund für die Mehrkosten in den Heimen ist die nach Covid gestiegene Nachfrage nach Heimplätzen, was zwangsläufig auch höhere Pflegekosten für die Stadt mit sich bringt.*

*Während der Covid-Pandemie in den Jahren 2020 und 2021 ist die Nachfrage nach Heimplätzen wegen der durch die Behörden verordneten Einschränkungen für Bewohnende und Besuchende vorübergehend gesunken. Seit 1. Januar 2022 ist die Nachfrage insgesamt wieder gestiegen, was unweigerlich höhere Pflegekosten für die Stadt Uster mit sich bringt.*

*Uster hatte bis Ende Mai 2022 rund 16% Personen mehr in den Heimen als in der gleichen Vorjahresperiode 2021. Zudem sind viele Bewohner in höhere Pflegestufen eingeteilt worden. Beispielsweise waren 2021 1% in der Pflegestufe 10, Ende Mai 2022 waren es bereits 10%.*

*In konkreten Zahlen bedeutet das: Stufe 1 kostet knapp CHF 19, Stufe 10 CHF 136.30.*

*Dies zeigt auf, dass die Zahlen nicht genau abschätzbar sind, zukünftig aber zu einer markanten Zunahme der Pflegekosten führen werden.*

*Die Nachfrage nach Spitex-Leistungen wächst seit Jahren ebenfalls stark. Diese Entwicklung hält auch 2022 an. Ein wesentlicher Grund sind die rascheren Austritte aus den Spitälern und psychiatrischen Kliniken. Dies führt zu einer Verschiebung der Kosten vom Kanton zu den Gemeinden, da der Kanton für die Spitalfinanzierung, die Gemeinden aber für die ambulanten Pflegeleistungen und deren Kosten zuständig sind. Zudem werden stationären Behandlungen vermehrt möglichst lange hinausgezögert. So werden immer mehr Menschen sowie komplexere somatische und psychiatrische Fälle bei den Patienten zuhause ambulant durch die Spitex betreut und gepflegt. Die Behandlung dieser komplexen Fälle erstreckt sich häufig über einen langen Behandlungszeitraum und ist für die Gemeinden kostenintensiv, aber dennoch volkswirtschaftlich günstiger als der stationäre Aufenthalt. Dies entspricht dem Grundsatz «ambulant vor stationär», der auch in der Pflegegesetzgebung und in der Altersstrategie der Stadt Uster verankert ist.*

*Insgesamt lassen sich die prognostizierten Auswirkungen wie folgt zusammenfassen:*

*Mehrkosten Pflegebeiträge an Heime Fr. 1 070 000*

*Mehrkosten Pflegebeiträge an Spitex Fr. 730 000*

*Total prognostizierte Abweichung Fr. 1 800 000*

*Abschliessend ist noch anzumerken, dass die Abteilung Gesundheit zum Zeitpunkt der Budgetierung noch keine Kenntnis vom eingangs erwähnten Regierungsratsbeschluss und dessen Auswirkungen hatte.*

*In der abschliessenden Abstimmung beschloss die Kommission Soziales und Gesundheit mit 7:2 Stimmen den Nachtragskredit dem Gemeinderat zur Annahme zu empfehlen.*

Für die Rechnungsprüfungskommission (RPK) referiert **Gianluca Di Modica (FDP)**: *Die RPK hat das Geschäft am 29. August 2022 geprüft und zur Kenntnis genommen, resp. zur Kenntnis nehmen müssen, dass das Budget erneut überzogen wird. Und dies um satte CHF 1,8 Mio., was notabene einem Budgetüberzug von über 12% entspricht. Auch nicht gerade ermutigend war, dass wir in den mündlichen Ausführungen darauf aufmerksam gemacht wurden, dass die in der Weisung ausgewiesenen CHF 1,8 Mio. vielleicht noch nicht einmal ausreichen.*

*Die akkurate Berechnung des Betrags wird nicht in Frage gestellt. Die RPK ist allerdings mit dem Verfahrensweg aus zwei Gründen nicht glücklich:*

- 1. Da in der Sachkommission viele – oder eben zu viele – Sachfragen nicht geklärt werden konnten, und insbesondere die Transparenz bezüglich der Datenbasis der Berechnung nur unzulänglich hergestellt wurde, musste dies dann in der RPK, in anderer Zusammensetzung, erörtert und geklärt werden. Da dies nicht dem eigentlichen Auftrag der RPK entspricht, wünschen wir uns hier eine Optimierung seitens der Verwaltung.*
- 2. Im Zentrum der Diskussion standen auch die zeitlichen Abläufe. Obwohl die RPK attestiert, dass der für einen Teil des Budgetüberzugs mitverantwortliche Beschluss des Regierungsrates [RRB 2021-0830 vom 14. Juli 2021] erst im Juli 2021 und (und jetzt bitte ich insbesondere die Kantonsräte unter uns um ihre volle Aufmerksamkeit) und mit dem offensichtlich nicht zutreffenden Hinweis «für die Gemeinden als Restfinanzierer führt es zu einer Entlastung» publiziert wurde, erstaunt es trotzdem, dass die Effekte nicht früher und genauer bekannt gemacht wurden. Denn auch nachdem bereits mit dem Novemberbrief 2021 [SRB 2021-474 vom 9. November 2021] das Budget um CHF 0.7 Mio. bereits erhöht wurde, wird dieses nun trotzdem nochmals deutlich überzogen. Der RPK ist es ein Anliegen, dass die Verwaltung hier einen sorgfältigeren Umgang anstrebt.*

*Die Kosten sind schon angefallen, resp. fallen unverhinderbar im laufenden Jahr noch an, somit blieb uns nichts anders übrig, als der Weisung zuzustimmen.*

*Die RPK empfiehlt dem Gemeinderat somit mit 6:2 Stimmen (bei einer Abwesenheit), der Weisung zuzustimmen.*

Für die FDP/Die Mitte-Fraktion referiert **Gianluca Di Modica (FDP)**: *Wieder konfrontiert uns das Geschäftsfeld Gesundheit und Alter mit einem Nachtragskredit. Und wieder sprechen wir im Wesentlichen über die Heime. Es ist keine zwei Sitzungen her, da haben wir das auch im Rahmen der Rechnung 2021 tun müssen.*

*Selbstverständlich attestieren wir dem Geschäftsfeld Gesundheit und Alter und insbesondere den Heimen und der Spitex, dass es keine einfache Zeit war und noch immer nicht ist. So auch ausgeführt in meinem Referat zur Rechnung 2021. [vergleiche Seite 71]*

*Die Gesundheitskosten sind ein allgegenwärtiges Thema. Die Pflegefinanzierung für die eigenen Bürger und Bürgerinnen kommt die Gemeinden Jahr für Jahr teurer zu stehen. Dieses Jahr belaufen sich die Kosten [Beiträge an Heime und Spitex] inkl. Novemberbrief und diesem Nachtrag auf über CHF 15 Mio. Und dann kommt auch noch eine Anpassung der Berechnungs- und Einstufungsmethoden, welche entgegen der Erwartung, zu einer weiteren Kostensteigerung für die Gemeinden führt. Es ist löblich, dass diese Anpassung den Heimen erlaubt, mehr ihrer Kosten weiterzuverrechnen und bei der Einstufung der Heimbewohnerinnen und Heimbewohner mehr Pflegeleistungen zu berücksichtigen und somit höhere Pflegeeinstufungen vorzunehmen. Da die Gemeinde in diesem festgelegten Mecano die Kosten als sogenannter Restfinanzierer einfachen übernehmen muss, besteht die grosse Gefahr, dass der Effizienzdruck in den Heimen und die Sorgfalt bei der Rechnungskontrolle in der Verwaltung nachlässt. Dem gilt es entschieden entgegenzuwirken.*

*Die Beiträge der Stadt an die Heime, ob private oder stadteigene, nehmen laufend zu und erreichen Höhen, die es angezeigt machen, dass man die Zusammensetzung der Verrechnungen genauer prüft.*

*Und weiter ist es sehr wichtig, dass die städtischen Heime in diesem Kostenmodell effizienter arbeiten, als der Durchschnitt aller Heime im Kanton Zürich. Leider tun sie dies aktuell nicht. Die städtischen Heime erreichen in der Kostenauswertung im Kanton Zürich Rang 95 von 143 und liegen somit in der Kostenstruktur deutlich über dem Durchschnitt, den sog. Normkosten. Dies hat zwei unvorteilhafte Auswirkungen für die Gemeinde als Restfinanzierer:*

1. Die Heime müssen zur Deckung ihrer Kosten die vollen Normkosten an die Gemeinde verrechnen und unser Einsparungspotential ist weg.
2. Unsere städtischen Heime können nicht alle Kosten weiterverrechnen. Das Defizit bleibt an uns, also an den Steuerzahlenden hängen.

Da muss die Frage erlaubt sein, ob unsere Heimstrategie in Uster, sowie die im April 2021 verabschiedete «Altersstrategie 2030» wirklich die richtigen sind?

Mit der aktuell in Erarbeitung stehenden Immobilienstrategie hat der Stadtrat die nächste Gelegenheit, diese obigen Fragen kritisch zu hinterfragen, insbesondere hinsichtlich der anstehenden Investitionen von fast CHF 40 Mio. Wir hoffen, dass nicht mit Scheuklappen am Status quo festgehalten wird. Wir fordern, dass die Probleme nicht einfach unter den Tisch gewischt werden, sondern eine wirklich selbstkritische Analyse durchgeführt wird.

Wir erwarten hierzu eine explizite Aussage im Bericht. Aktuell lässt uns nämlich das Gefühl nicht los, resp. wären wir nicht verwundert, wenn die Strategie genau den Status quo als den besten Weg zutage fördert.

Ich hoffe, liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie verzeihen mir diese Tour d'Horizon und gehen mit mir einig, dass es sich bei diesen Beträgen lohnt, einen politischen Diskurs darüber zu führen.

Aber uns ist auch klar, in Bezug auf den Nachtragskredit, und um den geht es heute letztlich, ist es Vergangenheitsbewältigung. Wir haben es gehört. Die Kosten sind angefallen oder fallen unverhinderbar noch an. Es kann kein Gegensteuer mehr gegeben werden. Somit stimmt die FDP/Die Mitte-Fraktion der Weisung zähneknirschend zu.

Für die SVP/EDU-Fraktion referiert **Anita Borer (SVP)**: Zuerst das Positive: Der Antrag ist kurz, das gefällt uns. Und nun kommt die Kritik: Der Antrag ist zwar kurz, aber nicht bündig. In der Kürze des Antrags fehlt leider die Würze. Die Begründung leuchtet zwar ein, doch der Betrag, der uns hier als Mehrkosten ausgegeben wird, ist kaum nachvollziehbar. Die konkrete Grundlage fehlt.

Nur ein Beispiel: Es wird uns gesagt, dass mit dem neuen Leistungskatalog die effektiv erbrachten Pflegeleistungen in Alters- und Pflegeheimen besser abgebildet werden könnten. Dies führe dazu, dass per Januar 2022 viele Bewohnende in eine höhere und damit teurere Pflegestufe eingestuft würden, was die Mehrkosten verursache.

Doch um wie viele Fälle handelt es sich dabei konkret? Wieso entstanden Mehrkosten von über einer Million Franken? Wieso dieser Betrag? So wie es in der Weisung steht, müssen wir es einfach glauben. Konkrete Zahlen fehlen. Zudem wurde angekündigt, dass die Mehrkosten bis Ende Jahr womöglich noch höher ausfallen werden.

Bei solch hohen Mehrkosten – es handelt sich immerhin um fast zwei Steuerprozent – darf erwartet werden, dass uns hierzu eine genauere Berechnung vorliegt. Und es darf erwartet werden, dass uns die Abteilung aufzeigt, wo eine Leistungsüberprüfung und Versuche stattfinden, wieder Geld einzusparen. Wie gesagt, es handelt sich ja letztlich um Steuergelder, die wir alle bezahlen.

Uns ist schon klar: Das Geld wurde bereits ausgegeben. Wir können also nichts mehr ändern. Doch: Diese Art von Antrag tolerieren wir nicht und wir möchten dies klar und deutlich machen. Auf diese Art und Weise können wir die parlamentarische Kontrolle nicht ausführen. Daher lehnen wir den Antrag ab.

Für die Grünliberale/EVP-Fraktion referiert **Walter Meier (EVP)**: Ich muss zum ersten Mal in meiner Karriere in diesem Rat eine **Redezeitverlängerung auf 10 Minuten beantragen**, womit der **Gemeinderat** mit offensichtlicher Mehrheit **einverstanden** ist.

Zu meiner Interessenbindung: An einem Tag in der Woche arbeite ich in einem kleinen Pflegeheim in Pfäffikon. Ich versuche, Ihnen den Sachverhalt des Nachtragskredits aus der Sicht eines betroffenen, in diesem Fall müsste man zwar eher von «begünstigten» Heim schildern. Als Vorbemerkung zwei Punkte:

- *Jedes Pflegeheim muss im Frühjahr die Kostenrechnung vom Vorjahr nach einem schweizweit vereinheitlichten Schema abliefern. Der Kanton Zürich hat dazu eine eigene Lösung. Sie wollen noch etwas mehr wissen als der Durchschnitt. Aufgrund der Auswertungen (im letzten Jahr: Kostenrechnung 2020) legt die Gesundheitsdirektion Ende August die Normkosten fest. Die Normkosten sind die Kosten, welche pro Pflegeminute maximal verrechnet werden dürfen. Die Beiträge der Bewohnenden (max. Fr. 23 pro Tag) und der Krankenkassen (Fr. 9.60 pro Tag und Pflegestufe) sind fixiert. Der Rest zahlt die Wohnsitzgemeinde, in unserem Fall die Stadt Uster. Wenn die Normkosten steigen, ergeben sich im nächsten Jahr für die Gemeinde höhere Kosten. Im GF Gesundheit & Alter ist dies ein ansehnlicher Kostenblock (Beiträge an Heim); für die Heime sind dies aber willkommene und nötige Einnahmen. Da die Normkosten für das nächste Jahr bereits anfangs September bekannt sind, kann der Stadtrat diese Kosten mit dem Novemberbrief nachbudgetieren. Das hat er auch im 2021 gemacht; die Normkosten sind damals von Fr. 1.4985 auf 1.5996 (+ 6.7 %) gestiegen.*
- *Die Pflegeeinstufungen werden nach einem sog. «Leistungskatalog» gemacht, welcher ebenfalls schweizweit vereinheitlicht ist. In den letzten Jahren war man allorts nicht sehr glücklich über den Leistungskatalog 2010, bei dem seit etwa 2013 die berechneten Pflegeminuten um 10 % gekürzt werden mussten. Es wurde deshalb schon seit längerem an einem neuen Leistungskatalog gearbeitet, bei dem dann keine Kürzung mehr nötig sein würde. Der RR hat im Sommer 2021 entschieden, dass der Leistungskatalog 2020 ab dem 1.1.2022 anzuwenden sei. Der RR ist davon ausgegangen, dass dies keine finanziellen Auswirkungen auf die Gemeinden haben werde. Der neue Leistungskatalog enthalte die (vermuteten) Unzulänglichkeiten nicht mehr, weshalb keine Leistungskürzung mehr nötig sei.*

*Als Buchhalter des Pflegeheims bekomme ich jeweils die Pflegeeinstufungen, welche für jede Bewohnerin und jeden Bewohner alle sechs Monate gemacht werden muss. Ich trage die Ergebnisse in unser Buchhaltungssystem ein und generiere das Formular, welches via Arzt/Ärztin an die Krankenkasse geht. So sehe ich, wie sich der Pflegebedarf entwickelt. Mal nach unten, mal nach oben. Anfangs 2022 habe ich dann an einem Samstag-Nachmittag eine Sonderschicht eingelegt, weil aufgrund des neuen Leistungskatalogs sämtliche Bewohnerinnen und Bewohner neu eingestuft werden mussten. Das Ergebnis erfreute das Herz des Buchhalters eines Pflegeheims; die Gemeinden hat das Ergebnis – wie man aufgrund des Nachtragskredits sehen kann – eher beunruhigt.*

*Für unser kleines Pflegeheim sah die Sache so aus:*

*Im Dezember 2021 hatten 21 Bewohnerinnen / Bewohner mit einer durchschnittlichen Pflegestufe 6.285, was sehr hoch ist. Dafür haben wir den Gemeinden Pflegekosten von Fr. 57'000 verrechnet. Bei gleichen Leistungen im Januar hätten wir Fr. 75'000 verrechnen können. Die Differenz teilt sich folgendermassen auf:*

*Fr. 7'300 Aufgrund der Erhöhung der Normkosten*

*Fr. 10'700 aufgrund des neuen Leistungskatalogs. Die Pflegestufen sind im Durchschnitt um 0.7 gestiegen; d.h. bei zwei von drei Bewohnenden gab es einen Stufenanstieg.*

*Die Stadt Uster hat die Beiträge an Heime für das Jahr 2022 mit 8.5 Mio. budgetiert; aufgrund der gestiegenen Normkosten wurden mit dem Novemberbrief nochmals 0.725 Mio. beantragt; der heute beantragte Nachtragskredit beträgt 1.070 Mio., was aufgrund meiner Ausführungen plausibel erscheint.*

*Wenn die Vorsteherin der Abt. Gesundheit und Alter sagt, dass sich die Stadt Uster einzig dafür stark machen könne, dass die pflegebedürftigen Menschen möglich lange zu Hause wohnen bleiben und damit auf einen Heimeintritt verzichten, dann hat sie Recht. Das ist tatsächlich der einzige Hebel, den die Stadt Uster in der Hand hat. Mit einer gut aufgestellten Spitex können wir hier etwas der Kostenentwicklung im Gesundheitswesen entgegenzutreten.*

*Die Pflegeheime haben gefordert, dass ihnen der Corona-Aufwand vergütet wird. Der RR hat sich auf den Standpunkt gestellt, dass für die Finanzierung der Pflegeheime die Gemeinden zuständig seien. Die Gemeinden hatten auch kein Musikgehör. Die Konsequenz davon ist, dass die Coronakosten in die Kostenrechnungen der Heime eingeflossen sind und deshalb die Normkosten im 2021 (aufgrund der Kostenrechnung 2019) und 2022 (aufgrund der Kostenrechnung 2020) und Normkosten 2023 (aufgrund der Kostenrechnung 2021) überproportional gestiegen sind. Das heisst, dass die Gemeinden die Corona-Kosten trotzdem zahlen, nur etwas später.*

Für die SP-Fraktion referiert **Ali Özcan (SP)**: *Nach 2021 erhält der Ustermer Gemeinderat vom Geschäftsfeld Gesundheit erneut einen Antrag für einen Nachtragskredit. 2021 belief sich die Summe des Nachtragskredits noch auf knappe 3, 5 Mio. CHF, dieses Jahr beträgt die Summe 1.8 Mio. CHF. Wir alle haben das ungute Gefühl, dass die Zahlen im GF Gesundheit, speziell im Bereich der Heime, nur noch nach oben zeigen. Was auf Grund der Zahlen auch nicht von der Hand zu weisen ist.*

*Trotz der gewissenhaften Arbeit in den Heimen, wachsen die Zahlen auf der Ausgabenseite stetig. Das sind grösstenteils belegbare Kosten, die durch den Regierungsrat Entscheid von anfangs 2022 neu den Gemeinden zufallen. An dieser neuen Tatsache haben wir als Stadtparlament leider wenig bis gar nichts zu vermelden, ausser sich vor Ort entsprechend zu arrangieren.*

*Uns wurde an der letzten Sitzung der Kommission Soziales und Gesundheit erklärt, dass die Zahlen für den Nachtragskredit in Zusammenarbeit mit der Abteilung Finanzen erarbeitet wurden. Einziger Wermutstropfen an der ganzen Sache ist die, dass die KSG- Mitglieder keine Angaben darüber erhielten, wie Rechnung gemacht wurde. Als aussenstehender fehlt mir schlicht und einfach der Weg, wie die Rechnung gemacht wurde.*

*Im Moment sehen wir leider für diese Weisung leider keinen Handlungsspielraum, auch wenn das sehr unbefriedigend ist.*

*Letztlich bin ich gespannt auf den Novemberbrief. In der Hoffnung, dass nicht noch «röttere» Zahlen folgen.*

Die Abteilungsvorsteherin Gesundheit, **Stadträtin Karin Fehr Thoma**, nimmt Stellung: *Ich danke Ihnen für die Voten. Wir nehmen die Einwände zum Inhalt der Weisung ernst, und das möchten wir für später verbessern. Gerne sage ich noch etwas zur Kontrolle der Heimrechnungen. In der Kommission wurde gesagt, dass die Stadt Zürich die Heimrechnungen anders kontrolliere als die Stadt Uster dies tut. Die Abteilung Gesundheit ist daran abzuklären, wie die Stadt Zürich diese Kontrolle vollzieht. Infolge diverser Ferienabwesenheiten haben wir dazu aber noch keine Antwort vorliegen. Ich möchte aber betonen, dass die Abteilung Gesundheit heute die Heimrechnungen sehr wohl kontrolliert und bei Fragen mit den Heimen auch Kontakt aufnimmt. 2019 hat die Stadt Uster eine Drittfirma in den Heimen auf dem Platz Uster ein Pflegestufen-Controlling durchgeführt. Ie Einstufungen beeinflussen die Kosten, welche die Gemeinden tragen müssen, sehr direkt. Das Ergebnis war sehr erfreulich, die Heime nehmen diese Einstufungen sehr sorgfältig wahr. Auch die Krankenkassen nehmen regelmässig bei allen Heimen entsprechende Kontrollen vor, aus Datenschutzgründen erfährt die Stadt Uster jeweils nichts über die entsprechenden Ergebnisse. Es kann also sein, dass eine Krankenkasse eine Rechnung moniert, die Stadt aber nie davon erfährt. Die 2019 gegründete kantonale Gesundheitskonferenz hat das Problem anerkannt und ist daran, eine bessere Koordination zwischen Krankenkassen und Gemeinden zu erwirken. Sie haben jetzt auch über die Heime Uster gesprochen, ich muss aber betonen, dass der Grossteil der Mehrkosten von 1.8. Millionen Franken gar nicht die Heime Uster betrifft, sondern die übrigen 40 Pflegeheime und 80 Spitexen (inkl. selbständig tätigen Pflegefachpersonen), mit denen die Stadt Uster abrechnet. Ich danke nochmals für Ihre Voten und hoffe, dass wir in Zukunft besser Ihre Auskunftswünsche erfüllen können.*

## **Abstimmung**

**Der Gemeinderat beschliesst mit 25:7 Stimmen:**

- 1. Der Nachtragskredit von 1,8 Mio. Franken des Geschäftsfeldes «Gesundheit und Alter» wird genehmigt.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat.**

## **6 Weisung 20/2022 des Stadtrates: Projektierungskredit für die Sanierung der biologischen Reinigungsstufe (SBR) und Neubau Stufe Elimination Mikroverunreinigung (EMV) auf der ARA Jungholz**

Für die Kommission Planung und Bau (KPB) und die Rechnungsprüfungskommission (RPK) referiert **Balthasar Thalmann (SP)**: *Beim Antrag 20/2022 geht es um einen Projektierungskredit von Fr. 2.5 Mio. für die Erneuerung und Erweiterung der biologischen Stufe und den Neubau der Stufe Elimination der Mikroverunreinigungen bei unserer ARA*

*Dieser Antrag reiht sich in die kontinuierliche Erneuerung und Weiterentwicklung der ARA Jungholz in Niederuster ein. Wir erinnern uns*

*- an die 1. Etappe, die Sanierung der mechanischen Abwasserreinigung. Diese wurde vor 2 Jahren abgeschlossen.*

*- an die 2. Etappe, den Neubau der Schlammbehandlung, der derzeit im Bau ist.*

*Und nun reden wir von der 3. Etappe, der Erneuerung und Erweiterung der biologischen Stufe und vom Neubau der Stufe Elimination der Mikroverunreinigungen.*

*Die biologische Stufe soll erneuert und erweitert werden. Und zwar soll sie in der Lage sein, das Abwasser von anstelle 48'000 neu von 60'000 sogenannten Einwohnergleichwerten zu reinigen. Damit ist sie auch gerüstet für das zukünftige Wachstum von Einwohnerinnen und Einwohner und der Beschäftigten in Uster und Greifensee.*

*Für die Sanierung der Biologie wurden drei Varianten geprüft. Als Bestvariante hat sich die Variante 3 mit dem sogenannten SBR-Verfahren mit granuliertem Schlamm herausgestellt. Es ist auch die kostengünstigste sowohl bezüglich Investitionen als auch Betriebskosten. Saniert werden müssen vor allem die technischen Anlagen in den grossen Betonbecken, die in der ARA unübersehbar sind. Zudem wird der Sandfilter saniert.*

*Als neue Reinigungsstufe kommt die Elimination der Mikroverunreinigungen dazu. Mikroverunreinigungen sind Stoffe im Wasser, die nur in ganz geringen Mengen vorkommen, aber auch schädlich sein können in der Umwelt. Das sind beispielsweise Rückstände von Medikamenten, die wir einnehmen. Für diese Reinigungsstufe wurden zwei Varianten geprüft: zum einen Ozonierung oder ein Aktivkohleverfahren. Es wurde die Ozonierung gewählt. All diese Bauten haben auf dem heutigen Gelände der ARA Platz. Das ist eine gute Nachricht. Wäre dies nicht der Fall gewesen, hätte wohl die Schutzverordnung Greifensee angepasst werden. Dies ist wie gesagt nicht nötig.*

*Insgesamt geht man von heute von Investitionskosten von rund Fr. 30 Mio. aus. Der Teil der Elimination der Mikroverunreinigungen wird vom Bund zu 75% subventioniert. Wenn wir das gebaut haben, dann entfällt eine Abwasserabgabe von 9 Franken pro Einwohner und Jahr. Das ist eine Abgabe, die alle Einwohnerinnen und Einwohner der Schweiz zu zahlen haben, solange ihre ARA nicht die Mikroverunreinigungsstufe gebaut hat. Wir haben also ein Interesse, nicht allzu lange zu plämeren.*

*Der Antrag wurde von einer Strategiegruppe vorbereitet. Mitglieder dieser Strategiegruppe sind Personen der Stadt, des Kantons, der Eawag, ein Betriebsleiter einer anderen ARA sowie eines Ingenieurbüros.*

*Gebaut werden soll das Projekt in Etappen von 2025 bis 2030.*

*Und noch zuletzt etwas, was beim letzten Vorhaben schon mal zu Diskussionen in der KPB geführt haben. Nämlich die Frage, ob mit der heutigen Gebührenehöhe auch langfristig die Kosten gedeckt werden können. Heute geht man davon, dass ein Schuldenabbau mit stabilen Gebühren möglich ist. Wohlverstanden, die Gebühren sind seit 2001 in Uster stabil.*

*Die KPB hat dem Antrag einstimmig zugestimmt.*

*Auch die RPK hat dem Antrag einstimmig zugestimmt. Allerdings gab es doch noch einige Fragen, die zum Teil an der Sitzung beantworten aber zum Teil nicht direkt an der Sitzung beantwortet werden konnten. Die RPK hat etwas gestört, dass die Zahlen im Antrag teilweise nicht stimmen. Auf Seite 2 bei den Folgekosten beispielsweise besteht ein Rechnungsfehler und sie stimmen nicht mit den Aussagen in anderen Kapiteln überein. Weiter sind die Bundessubventionen wohl falsch gerechnet und die wegfallenden Abwasserabgaben sind bei den Gesamtkostenrechnungen wohl noch nicht berücksichtigt.*

*Der anwesende Stadtrat hat dies aufgenommen. Da die Unstimmigkeiten Zahlen für den Bau betreffen, sind sie heute noch nicht Entscheid relevant. So konnte die RPK über den Antrag beschliessen und empfiehlt wie erwähnt einstimmig Annahme des Antrags.*

Für die SP-Fraktion referiert **Balthasar Thalmann (SP)**: *Keine Frage – wir unterstützen den Antrag ohne Diskussion.*

*So selbstverständlich der Antrag und das dahinterstehende Bauvorhaben wirken, so sorgfältig ist der Antrag vorbereitet – abgesehen von den kleinen, nicht entscheidungsrelevanten Rechenfehlern. Wir als Gemeinderat wussten schon seit einigen Jahren, dass dieser Antrag kommen wird. Denn die ARA plant mit Weitsicht. Wir begrüßen auch, dass aus verschiedenen Ansätzen Lösungen gesucht werden und dass diese Lösungssuche auch von kritischen Augen Dritter begleitet werden. Uns ist es ein Anliegen, dass unsere ARA unser Abwasser sauber reinigt. Das ist wichtig, damit sich der Greifensee noch mehr erholen und sauberer werden kann. Das heutige Ja ist ein Ja zum Schutz der Umwelt, ein Ja für eine weitsichtige Planung und ein Ja im Bewusstsein unserer Verantwortung gegenüber unseren Kindern und Enkeln.*

Für die Grünliberale/EVP-Fraktion referiert **Ursula Räuftlin (Grünliberale)**: *Kurz nachdem wir per Volksabstimmung die Sanierung der Schlammstammung auf der ARA angegangen sind, steht nun die Sanierung der biologischen Reinigungsstufe sowie der gesetzlich vorgegebene Bau einer weiteren Reinigungsstufe, der Elimination der Mikroverunreinigungen an.*

*Dieser Ausbau ist absolut notwendig und je schneller wir ihn angehen, desto schneller fällt auch die Gebührensatzung an den Bund in die EMV-Kasse weg. Wir sollten aber dringend auch Massnahmen zur Fremdwasserreduktion ergreifen, damit die ARA nicht unnötig hydraulisch belastet wird. Diese Investitionen in die Kanalisation dürfen trotz der hohen anstehenden Investitionen auf der ARA nicht vergessen werden. Die zuständige Subkommission soll bitte im Budgetprozess Investitionen im Hinblick auf die Wirksamkeit der Fremdwasserelimination überprüfen und nötigenfalls Korrekturen anstossen.*

*Wir stimmen der Weisung des Stadtrates zu und freuen uns auf einen saubereren Greifensee.*

Der Abteilungsvorsteher Bau, **Stadtrat Stefan Feldmann**, nimmt Stellung: *Ich kann es kurz machen, indem ich den beiden beratenden Kommissionen für deren einstimmigen Beschlüsse danke. Dies zeigt, die Abwasserreinigung ist von links bis rechts unbestritten, etwas was ich mir bei anderen Geschäften aus meiner Abteilung ja sonst nicht so gewohnt bin. Bei der letzten Volksabstimmung über die zweite Etappe haben über 90 Prozent dem Baukredit zugestimmt. Wir können darum mit der dritten Etappe, der grössten Etappe, guten Mutes zur späteren Urnenabstimmung schreiten.*

## **Abstimmung**

**Der Gemeinderat beschliesst mit 32:0 Stimmen:**

- 1. Für die Sanierung der biologischen Reinigungsstufe (SBR) und den Neubau der Stufe zur Elimination von Mikroverunreinigungen (EMV) der ARA Jungholz wird ein Projektierungskredit von 2,5 Mio. Franken exkl. MWST bewilligt.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat.**

**7 Weisung 1/2022 des Stadtrates: Beschlussentwurf zur Motion 509/2018 von Richard Sägesser (FDP), Daniel Pellegrini (FDP), Peter Müller (FDP), Jürg Krauer (FDP) betreffend «Bildungszentrum in Uster – auch in Zukunft!»**

Für die Kommission Planung und Bau (KPB) referiert **Ursula Räuftlin** (Grünliberale): *Die KPB hat am 22. August 2022 hat die KPB die Weisung 1/2022 des Stadtrates, den Beschlussentwurf zur Motion der FDP zum Thema «Bildungszentrum Uster – auch in Zukunft» beraten.*

*Die Motion bezweckte, eine Revision des Gestaltungsplanes «Hohfuren» auszulösen, um im betreffenden Gebiet genügend Fläche für eine Erweiterung des Bildungszentrums zu sichern. Im Fokus stehen dabei die Parzellen Nr. C3006, C3007, C3008, C3009, die im Gestaltungsplan für Wohnnutzung vorgesehen sind und die sich im Eigentum der Stadt befinden. Diese Parzellen bilden für die Stadt Uster eine Landreserve von strategischer Bedeutung.*

*Das Immobilienamt des Kantons Zürich hat gemeinsam mit Vertretern der Stadt Uster im Jahre 2019 mögliche Optionen für neue Schulinfrastrukturen auf dem Gebiet der Stadt Uster evaluiert. Der Standort des BZU wurde dabei weiterhin als optimaler Standort evaluiert. Der Kanton verfügt dort über eine genügend grosse Landreserve, welche zudem der richtigen Zonennutzung, der ZÖBA (Zone für öffentliche Bauten und Anlagen) zugeordnet ist.*

*Die Kantonsschule Uster entspricht von der Grösse her bereits der vom Regierungsrat betrieblich, organisatorisch und pädagogisch angestrebten Idealgrösse für einen Mittelschulstandort. Das BZU kann mit dem Parkschulcampus den notwendigen Schulraum dazu sicherstellen. Ein weiteres Wachstum in der Stadt Uster wird nicht angestrebt. Auch der zusätzliche Bedarf der Berufsfachschule Uster für die Neuorganisation 2024 kann mit den bestehenden Unterrichtsräumen im Bildungszentrum gedeckt werden. Eine im Jahr 2019 durchgeführte Potenzialstudie zeigt auf, dass insgesamt eine Erweiterung um 2/3 des heutigen Angebotes ohne die Inanspruchnahme von städtischen Parzellen möglich ist. Der Kanton meldet somit keinen Bedarf an weiteren Landflächen in der Hohfuren für Bildungszwecke an.*

*Die vier betrachteten städtischen Parzellen bilden eine grosse, zusammenhängende Fläche und gelten als strategisch wertvolle Grundstücke. Sie dienen der Stadt Uster als Verhandlungsmasse in der zukünftigen Entwicklung von Uster. Die Grundstücke sollen deshalb aus Sicht des Stadtrates vorläufig weder zur Überbauung noch für einen Landabtausch freigegeben werden. Eine Revision des Gestaltungsplanes Hohfuren könnte allenfalls dann angegangen werden, wenn im Prozess der Richtplanrevision ein entsprechender Bedarf für eine andere Nutzung als Wohnen nachgewiesen wird. Die Entscheidung über die Nutzung der Parzellen kann gemäss Stadtrat somit getrost auf später vertagt und damit die Motion als erledigt abgeschrieben werden.*

*In der Kommission wurde der zeitliche Horizont der Planung des Kantons von lediglich 20 Jahren hinterfragt. Zudem wurde auf andere Ämter als nur die Bildung hingewiesen, die allenfalls Bedarf an einer öffentlichen Nutzung in der Hohfuren haben könnten. Der Stadtrat stützt sich lediglich auf die Aussagen der kantonalen Bildungsdirektion. Eine Nutzung als städtische Schulraumreserve z.B. für das Eschenbühl wäre aus Sicht von Kommissionsmitgliedern in Betracht zu ziehen. Auch hier sieht der Stadtrat keinen Bedarf und verweist auf die Reservezone Jungholz.*

*Auch wenn der Gemeinderat heute dem Antrag des Stadtrates folgt, und damit keine Änderung des Gestaltungsplanes durchsetzt und das Land somit in der Wohnzone belässt, gibt er das Heft nicht aus der Hand. Der Stadtrat kann ohne die Zustimmung des Gemeinderates weder eine Nutzungsänderung selbst festsetzen, noch das Land veräussern. Denn die Immobilienstrategie der Stadt Uster schliesst einen Verkauf aus bzw. lässt diesen nur dann zu, wenn ein „übergeordnetes öffentliches Interesse“ besteht. Die Weisung wurde von der KPB mit 7:0 Stimmen (abwesend 2) angenommen.*

Für die Grünliberale/EVP-Fraktion referiert **Ursula Räuftlin (Grünliberale)**: *Unsere Fraktion kann die Argumentation des Stadtrates in seinem Bericht nachvollziehen. Dennoch sind wir mit der Antwort nicht vollständig zufrieden. Unserer Ansicht nach müsste dieses Land eigentlich einer öffentlichen Nutzung zugeführt werden. Auch wenn die Bildungsdirektion keinen Bedarf für dieses Land anmeldet, kämen weitere Nutzungen wie z.B. eine Schulnutzung für die Primarschule in Frage, wenn denn dereinst das vom Kanton geforderte Wachstum der Stadt in Reichweite rückt. Denn eine Schule gehört eher in Siedlungsgebiet eingebettet, als an den Rand gebaut, wie dies bei den Reservezonen Eschenbühl oder am Waldrand des Jungholz der Fall wäre. Die Klärung kann aber durchaus vorerst im Prozess der Richtplanrevision stattfinden und muss nicht jetzt schon eine Gestaltungsplanrevision auslösen. Auch wenn der Gemeinderat also heute dem Antrag des Stadtrates folgt, und damit das Land vorerst gemäss GP Hohfuren in der Wohnzone verbleibt, ist eine Wohnnutzung noch nicht besiegelt. Denn der Stadtrat kann ohne die Zustimmung des Gemeinderates kein Land im Umfang dieser Parzellen veräussern*

Für die SP-Fraktion referiert **Markus Wanner (SP)**: *Die Beantwortung der Motion zeigt, dass wir in Uster nicht den gewünschten Einfluss auf den Kanton haben, wenn es um die Gestaltung resp. Weiterentwicklung des Bildungszentrums in Uster geht. Der Regierungsrat legt eine so genannte optimale Grösse für einen Standort von 1'000 bis 1'200 Schülerinnen und Schülern fest. Das ist in Uster beinahe erreicht. Das war es wohl. Der Kanton sucht lieber einen neuen Standort in der Region Glatttal, als den heutigen Standort in Uster auszubauen und Synergien zu nutzen. Sogar dann, wenn der Kanton von der Stadt genügend Land kaufen könnte. Das finden wir mehr als schade. Somit werden die 4 städtischen Parzellen C3006 bis C3009 für eine kommunale Nutzung frei – ausser der Kanton kommt später auf seinen Entschluss zurück, das weiss man ja nie, die Hoffnung stirbt zuletzt. Es ist also keine Eile angesagt, das Land einer anderen Nutzung zuzuführen. Wir stimmen mit dem Stadtrat überein, dass diese Parzellen von grosser strategischer Bedeutung sind. Z.B. bei einem Landtausch können diese Parzellen wichtig und wertvoll sein, vor allem weil die Stadt sonst nicht mehr viel eigenes Land besitzt. Bei der Überarbeitung des Richtplans wird sich zeigen, wie dieses Land in den nächsten 25 Jahren genutzt werden kann. Lassen wir also vorläufig den bestehenden Gestaltungsplan ruhen, und auch von einer Umzonung sollte vorläufig abgesehen werden. Aber den Ansatz, die Parzellen in irgendeiner Form der Bevölkerung zugänglich zu machen ist erstrebenswert. Es darf etwas mehr sein als nur «Schlitteln» an kalten Wintertagen.*

Für die FDP/Die Mitte-Fraktion referiert **Matthias Bickel (FDP)**: *Unsere Fraktion dankt dem Stadtrat und den zuständigen Stellen des Kantons für ihre Abklärungen. Unsere Motion stiess doch einiges an: Stadtrat und Kanton setzten sich mit der Thematik auseinander. Nur, vom Resultat sind wir nicht grad hell begeistert. Nach vier Jahren stehen wir praktisch wieder am Anfang – nicht gerade auf Feld 1, aber auf Feld 3.*

*Immerhin. Ohne die Motion wäre vermutlich gar nichts passiert und vielleicht wäre schon ein Siedlungsbau auf dem Areal in Planung. Und: Immerhin, der Stadtrat behält das Areal als strategische Reserve zurück; das Areal wird nicht gleich wieder zur Überbauung oder sogar für einen Landtausch freigegeben. Und: Der Gemeinderat wird bei einer Veräusserung auch involviert sein. Dennoch: Das vorliegende Resultat ist nicht wirklich visionär – entgegen unserer Forderung vor vier Jahren: Als Ergebnis wünschten wir uns eine aktive Strategie des Stadtrats zur Erhaltung eines dauerhaft lebensfähigen Bildungszentrums Uster (BZU). Diese ist heute nicht wirklich zu erkennen. Immerhin: Die ebenfalls verlangte Überprüfung des Nutzungszwecks fand statt. Dass der Kanton zum vorliegenden Schluss kommt, ist naheliegend, aber ebenso wenig visionär – er kann aber eben auf andere Standorte im Kanton zurückgreifen.*

*Für Uster ist die Lage eine andere: Wir haben nur uns und da wäre etwas mehr Vision angebracht! Selbst der Stadtrat spricht in seiner Strategie 2030 vom dualen Bildungsstandort Uster. Und da wäre proaktives Handeln seitens des Stadtrats geboten – nicht, dass er erst reagiert, wenn eine Motion auf dem Tisch liegt und nicht, dass er einen Entscheid des Kantons einfach entgegennimmt und wieder zum Tagesgeschäft übergeht.*

*Wir finden es auch kritisch, wenn ein paar Stellen im Kanton für immer und ewig keinen weiteren Platzbedarf ausmachen... Wir alle wissen nicht, wie es in 20 Jahren bei uns ausschauen wird – wir wissen aber, dass nur schon die Stadt Uster auf eine Einwohnerzahl von 42'000 klettern soll! Da wird ziemlich sicherlich Bedarf nach öffentlichem (Bildungs-)Raum vorhanden sein!*

*Das BZU war ja bereits in der Bauphase schon zu klein und so weisen die Schulbetriebe seit Beginn notorisch zu wenig Platz auf. (Übrigens: Die fünf erwähnten Schulzimmer zuhanden BFS fehlen nun der KUS. Das Platzproblem ist also nur verlagert.) Immerhin: Das BZU darf nun (mit dem Segen des Kantons) offiziell wachsen; man diskutiert bereits über den Anschlussbau auf dem kantonalen Gelände. Auch für diesen Entscheid brauchten die kantonalen Stellen eine lange Zeit!*

*Warum schafft denn die Stadt Uster nicht gleich selber Fakten und setzt sich aktiv für Bildung, Innovation und Industrie ein? Das besagte Areal liesse sich (trotz vordergründig einleuchtenden negativen Argumentariums) jetzt schon in eine Zone öffentliche Bauten und Anlagen umzonen; die bevorstehende Revision der BZO böte eine gute Gelegenheit dazu. Abklärungen haben ja ergeben, dass der Standort des BZU das optimale Gebiet für Bildung auf Stadtgebiet sei. Die Stadt könnte Raum für einen Bildungs- und Innovations-Areal schaffen, Bildungsinstitutionen könnten sich ansiedeln lassen – auch mit Abteilungen der Uni oder ETH Zürich und / oder auch in einer Kombination von Zulieferfirmen für den Innovationspark in Dübendorf! In der Hohfuren geht es um Bildung – um Innovation – um Standortförderung!*

*Vielleicht geschieht ja doch noch etwas in diese Richtung – wir sind gespannt und stimmen der Weisung jetzt einmal zu!*

**Präsident Jürg Krauer (FDP)** hält fürs Protokoll fest, dass *Matthias Bickel* Mitglied der Schulkommission der Kantonsschule Uster ist (Art. 27 Abs. 3 OrgErl GR).

Für die SVP/EDU-Fraktion referiert **Benjamin Streit (SVP)**: *Die SVP/EDU-Fraktion stimmt der Abschreibung der Motion zu. Wir werden uns in Zukunft jedoch gegen ein weiteres Schulhaus irgendwo am Stadtrand aussprechen. Ein neues Schulhaus kommt für uns nur zentral gelegen in Frage. Deswegen sehen wir die vier Parzellen «Hohfuren» als Standort für ein künftiges neues Schulhaus. Der Standort ist zentral, verfügt über ÖV-Anbindung und ist bereits ein Bildungsstandort.*

Der Abteilungsvorsteher Bau, **Stadtrat Stefan Feldmann**, nimmt Stellung: *Ich bin etwas überrascht über die teilweise geäußerte Kritik. Ich erinnere Sie an den Auftrag, den Sie uns mit dieser Motion erteilt haben, nämlich abzuklären, ob der Kanton das städtische Land für eine Erweiterung des Bildungszentrums braucht. Das haben wir gemacht und die entsprechende Antwort des Kantons Zürich erhalten. Alle darüber hinaus ragenden Fragen sind interessant und vielleicht sogar visionär, aber waren schlicht nicht Inhalt des Auftrags an den Stadtrat. Nachdem klar ist, dass der Kanton dieses Land nicht braucht, können all diese Fragen selbstverständlich nun diskutiert werden. Da das Land vom Stadtrat als strategische Reserve deklariert wurde, besteht hierbei aber kein Grund zur Eile. Ich bitte Sie um Zustimmung zur Weisung und zur Abschreibung der Motion.*

## **Abstimmung**

**Der Gemeinderat beschliesst mit 32:0 Stimmen:**

- 1. Am dualen Bildungsstandort Uster wird festgehalten.**
- 2. Aufgrund eigener kantonalen Reserven besteht mittel- bis langfristig kein Bedarf an zusätzlichen Landflächen für das Bildungszentrum Uster (BZU). Auf eine diesbezügliche Landsicherung und Revision des rechtskräftigen Gestaltungsplans «Hohfuren» zur Sicherung zusätzlicher Flächen für das Bildungszentrum wird verzichtet.**
- 3. Die in der Motion 509/2018 bezeichneten städtischen Liegenschaften Kat.-Nrn. C3006, C3007, C3008 und C3009 stellen für die Stadt Uster strategische Nutzungsreserven in der Siedlungsentwicklung dar.**
- 4. Die Motion 509/2018 wird abgeschrieben.**
- 5. Mitteilung an den Stadtrat.**

**8 Motion 509/2018 von Richard Sägesser (FDP), Daniel Pellegrini (FDP), Peter Müller (FDP) und Jürg Krauer (FDP): «Bildungszentrum in Uster – auch in Zukunft!»**

Gemeinsame Behandlung mit TOP 7 (Weisung 1/2022).

## **9 Motion 674/2022 von Paul Stopper (BPU): Kreditvorlage für die Verlegung der Paul-Kläui-Bibliothek und des Stadtarchives in die ehemaligen ZKB-Gebäude an der Freiestrasse**

Von Paul Stopper (BPU) ist am 2. Mai 2022 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt, beförderlichst eine Kreditvorlage zur Verlegung der Paul-Kläui-Bibliothek und des Stadtarchives in die ehem. ZKB-Gebäude an der Freiestrasse 2 auszuarbeiten und dem Gemeinderat zu unterbreiten.

In den Gebäulichkeiten ist nach Möglichkeit ein Wohnanteil vorzusehen.

Zur dauernden Sicherung des Standortes der Archive an der Freiestrasse ist das Grundstück vom Finanz- in das Verwaltungsvermögen zu überführen.

### Begründung

Der Brand vom Mittwoch-Morgen, 27. April 2022 in einer Zivilschutzunterkunft unter der Stadthalle hat drastisch gezeigt, wie verletzlich der Standort der Paul Kläui-Bibliothek im Luftschutzkeller des Nachbargebäudes ist. Der Standort im Keller birgt auch die Gefahr, dass durch einen einfachen Wasserrohrbruch unser «historisches Gewissen» buchstäblich im Wasser «baden» gehen würde.

In der im Auftrag des damaligen Stadtrates erarbeiteten Standortstudie des Architekturbüros «moos. giuliani. hermann» vom Januar 2013 wurde bezüglich des jetzigen Standortes der Paul Kläui-Bibliothek ausgeführt:

- Raumklima ist nicht optimal (Feuchtigkeit/Temperatur)
- Zugang über schmale und steile Rampe
- kein einheitliches Archivsystem
- Kapazität bereits erschöpft

Für einen neuen Standort wurden in der Studie u.a. auch die ehemaligen Gebäude der ZKB an der Freiestrasse untersucht. Die Argumente lauteten:

#### Pro:

- Genügend grosse Fläche
- Zentral und nahe am Stadthaus gelegen
- Archivräume bereits vorhanden (86 m<sup>2</sup>)

#### Contra

- Nicht im Besitz der Stadt (Kauf möglich)
- Realisierungshorizont mittelfristig
- nur in Verbindung mit zusätzlicher Nutzung ökonomisch
- Archivflächen in verschiedenen Geschossen
- Zufahrt nur mit kleinem Lieferbus (Tiefgarage h 2.10m)

Für den Einbau- und die nötigen Umbauarbeiten für beide Archive in die ehem. ZKB-Gebäuden rechneten die Architekten mit Kosten von gut 3 Millionen Franken (Genauigkeit +/-25 %, inkl. MWSt).

Am 21. März 2016 stimmte der Gemeinderat Uster dem Kauf der ehemaligen ZKB-Gebäude zum Preis von 5.5 Millionen Franken zu.



**Abbildung 1:** Die ehemaligen Gebäude der ZKB an der Freiestrasse

Diese Gebäude sind prädestiniert für die Aufnahme der Ustermer Archive:

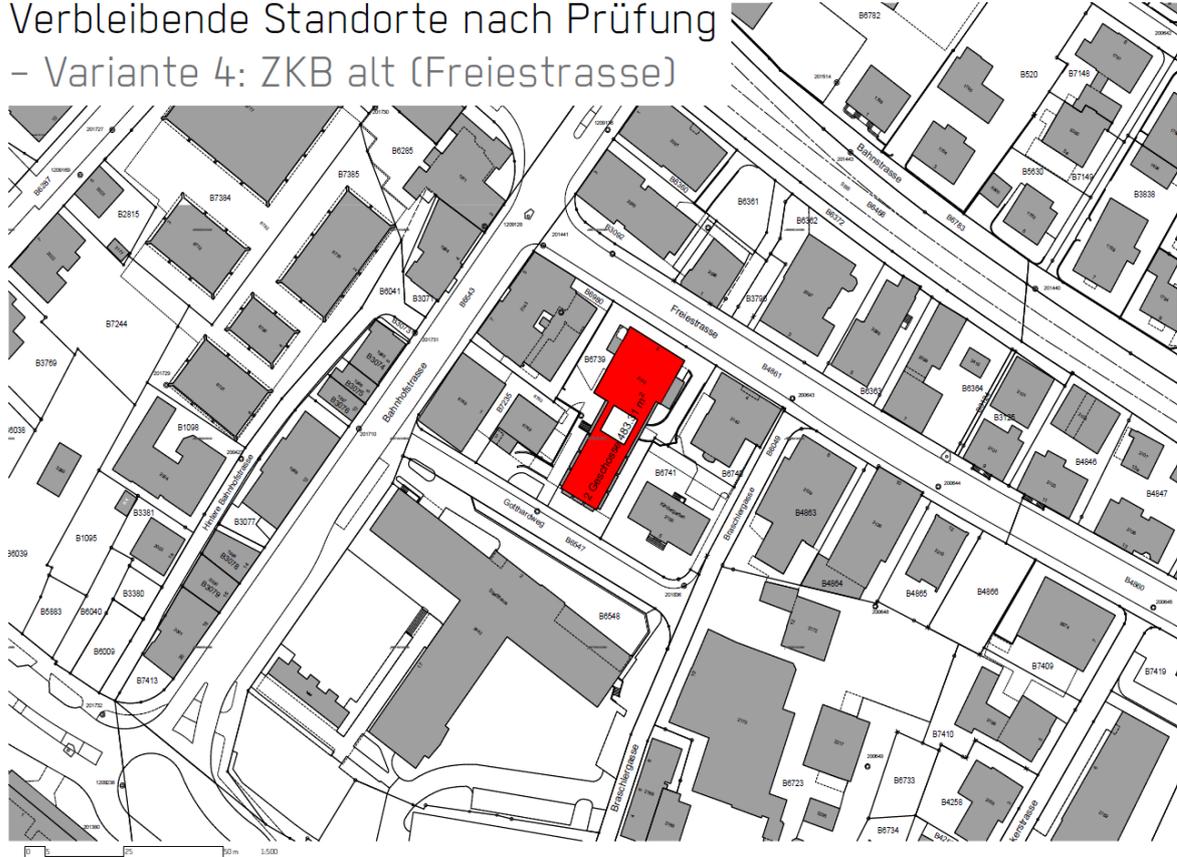
- massive Gebäude (kleine Brand- und keine Hochwassergefahr)
- günstiger Einbau der Archive (ZKB hatte bereits Archive in den Gebäuden).

Die Finanzverwaltung, die sich gegenwärtig an der Freiestrasse eingerichtet hat, kann ebenso gut in das neue Stadthaus West an der Dammstrasse umziehen. Die Finanzverwaltung ist im Gegensatz zu den Archiven weder auf einen zentralen Standort noch auf repräsentative Gebäude angewiesen.

Es ist der Einbau einer Wohnung zu prüfen. Damit kann gewährleistet werden, dass Ordnung um die künftigen Archive herrscht. Zudem resultieren Einkünfte durch Mieteinnahmen.

Die ehemaligen ZKB-Gebäude an der Freiestrasse eignen sich nach wie vor ausserordentlich gut für unsere beiden Archive. Das Gebäude an der Freiestrasse ist im Inventar der schützenswerten Bauten enthalten.

## Verbleibende Standorte nach Prüfung - Variante 4: ZKB alt (Freiestrasse)



**Abbildung 2:** Standort der ehemaligen ZKB-Gebäude an der Freiestrasse (seit 2016 im Besitz der Stadt Uster)

**Paul Stopper (BPU)** begründet die Motion: *Der Stadtrat führt in seiner ersten Stellungnahme zur Motion die Leidensgeschichte der Paul-Kläui-Bibliothek erst ab dem Jahre 2012 auf.*

*Die Kläui-Bibliothek war lange Zeit an der Bankstrasse im linken Gebäudeteil der jetzigen Regionalbibliothek einquartiert. Für die Regionalbibliothek war vorgesehen, einen neuen Standort im Kern Nord zu suchen, nämlich im ersten Stock des Gebäudes, in welchem sich jetzt die Drogerie Müller befindet. Damit hätte die Paul-Kläui-Bibliothek die Räumlichkeiten der jetzigen Regionalbibliothek an der Bankstrasse in Besitz nehmen können.*

*Daraus wurde nichts. Der damalige Stadtrat beschloss urplötzlich, auf die Verlegung an die Poststrasse zu verzichten. Die Platzverhältnisse an der Bankstrasse wurden für die Regionalbibliothek aber trotzdem zunehmend eng und enger und es wurde Hals- über Kopf entschieden, die Kläui-Bibliothek unter die Turnhalle des Püntschulhauses zu verlegen (alte Zivilschutzanlage), um am Standort Bankstrasse den fehlenden Raum schaffen zu können. Im Jahre 2007 war der Umzug vollzogen. Der damalige, gutgemeinte Gedanke war, dass Schule und Bibliothek eine Synergie bilden könnte. Das war aber keineswegs der Fall.*

*Also suchte man für einen definitiven Standort für die beiden Archive.*

*2012 gab der Stadtrat Uster beim Architekturbüro «moor Giuliani. Herrmann. architekten» eine Standortstudie für die Archive in Auftrag*

*Es wurden dann die «Untere Farb» und das ehemalige ZKB-Gebäude an der Freiestrasse miteinbezogen.*

*Zum ZKB-Gebäude stand: «Liegenschaft wird wegen Neubau frei, Stadt prüft Kauf, Nähe zu Stadthaus interessant».*

*Die Kostenschätzungen zeigten für die vier Standorte folgende Resultate:*

| Standort                  | Archiv-Gebäude mit Einbau (Fr.) | Landerwerb (Fr.) | Gesamtkosten (Fr.) |
|---------------------------|---------------------------------|------------------|--------------------|
| Untere Farb               | 4'530'000                       | -----            | 4'530'000          |
| Heute:                    | 8'000'000                       |                  | 8'000'000          |
| Stadthaus unterirdisch    | 4'071'000                       | -----            | 4'071'000          |
| Zeughaus                  | 3'139'000.-                     | -----            | 3'139'000          |
| ZKB-Gebäude Freiestrasset | 3'011'000                       | 2'606'000        | 5'617'000          |

*Der einzige Nachteil der ZKB-Gebäude war, dass sich die beiden Gebäude zwischen der Freiestrasse und dem Gotthardweg nicht im Besitz der Stadt befanden. Es war aber der klare Favorit. Zur Weiterbearbeitung wurden dann die Varianten «Stadthaus» und «Untere Farb» vorgeschlagen. Den Rest der Geschichte kennen wir (das können wir der ersten Stellungnahme des Stadtrates zur Motion 674 entnehmen):*

*15 Jahre nach der Verlegung der äusserst wertvollen Paul-Kläui-Bibliothek unter die Turnhalle ist man in Uster nicht weiter – wie so bei zahlreichen anderen «Projekten» der Stadt (Restaurant Schifflande, Fussgängerzonen, Aufwertung des Bahnhofgebietes/Bankstrasse, erweitertes Buskonzept mit neuen Linien und besser platzierten Haltestellen, trotz eines farbigen Berichtes STEK 2030, Unterführung Winterthurerstrasse,... )*

*Trotzdem sperrt sich der Stadtrat einmal mehr gegen eine vernünftige Lösung bei den Archiven. Wenn ein ganzer Flügel des Stadthauses an der Bahnhofstrasse für stadtfremde Nutzungen verwendet werden kann, ist es durchaus denkbar, dass die Finanzabteilung der Stadt Uster wieder ins Stadthaus ziehen kann, um in den ehemaligen ZKB-Gebäuden Platz für die beiden Archive zu schaffen.*

*Die ZKB-Gebäude eignen sich hervorragend für die Archive, was in der Unteren Farb kaum der Fall sein wird*

*Geben Sie sich jetzt einen Schubs und verhelfen sie, dass wenigstens einer der vor sich hergeschobenen Probleme rasch, unkompliziert und finanziell tragbar gelöst werden kann.*

*Muss es im Archiv auch noch brennen, wie im April 2022 in den benachbarten Zivilschutzräumen unter der Stadthalle? Dann wäre die Geschichte von Uster definitiv ausgelöscht!*

*Ich danke für Ihre Unterstützung der Motion.*

**Stadtpäsidentin Barbara Thalmann** verzichtet vorläufig auf eine Stellungnahme (Stadtratsbeschluss 272 vom 28. Juni 2022: Ablehnung auch als Postulat).

Aus dem Gemeinderat wird das Wort nicht verlangt.

**Stadtpäsidentin Barbara Thalmann** dankt Paul Stopper für die historischen Ergänzungen und erläutert die Vorgeschichte.

## Abstimmung

**Der Gemeinderat beschliesst mit 1:29 Stimmen:**

- 1. Die Motion 674/2022 wird a b g e l e h n t .**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat.**

## 10 Kenntnisnahmen

### Anfragen

Folgende Anfragen sind beantwortet worden.

- 502/2022 von Angelika Zarotti (SP), Nina Nussbaumer (SP) und Marius Weder (SP) vom 29. Juni 2022: „Fragezeichen zum Projekt Apothekerstrasse 18“ (Stadtratsbeschluss 387 vom 20. September 2022)

### Primarschulpflege, Konstituierung für die Amtsdauer 2022-2026

Die Primarschulpflege hat sich wie folgt konstituiert (Primarschulpflegebeschluss 747 vom 14. Juli 2022):

1. Vizepräsidium  
Erich Werder
2. Schuleinheiten

| Schuleinheit                  | Hauptverantwortlich | Weitere Schulpfleger/innen |
|-------------------------------|---------------------|----------------------------|
| Hasenbühl Wermatswil          | Nathalie Boss       | Andy Jossi                 |
| Nänikon Gschwader             | Andy Jossi          | Nathalie Boss              |
| Niederuster inkl. Tagesschule | Ruth Ebinger        | Janine Guyer               |
| HPSU                          | Janine Guyer        | Ruth Ebinger               |
| Oberuster                     | Richard Schmid      | Roger Kleinert             |
| Talacker                      | Roger Kleinert      | Richard Schmid             |
| Pünt                          | Erich Werder        | Sarah Zollinger            |
| Krämeracker                   | Sarah Zollinger     | Erich Werder               |
| <b>Für alle SE</b>            | Präsidium           | Vizepräsidium              |

3. Ausschuss Personal

Als Mitglieder des Ausschusses Personal für die Amtsdauer 2022 – 2026 werden gewählt:

- Roger Kleinert (Vorsitz)
- Sarah Zollinger (Mitglied)
- Patricia Bernet (Mitglied)
- Operative Mitarbeitende:
  - o Fachverantwortlich, Administration: Sabrina Halama, Primarschulverwaltung Teamleiterin Personal, Bei Bedarf: Guido Schär, Leiter Primarschulverwaltung
  - o Weitere Mitglieder: Abteilungsleiter Bildung/Gesamtschulleiter Markus Zollinger, Schulleitung Natalie Lengacher (Hasenbühl Wermatswil)

4. Ausschuss Sonderschulung und Sonderpädagogik

Als Mitglieder des Ausschusses Sonderschulung und Sonderpädagogik für die Amtsdauer 2022 - 2026 werden gewählt:

- Janine Guyer (Vorsitz)
- Ruth Ebinger (Mitglied)
- Sarah Zollinger (Mitglied)
- Operative Mitarbeitende:
  - o Fachverantwortlich: Leitung Sonderpädagogik, Matthias Maurer
  - o Administration: Primarschulverwaltung, Carmela Faoro
  - o Weitere Mitglieder: Abteilungsleiter Bildung/Gesamtschulleiter Markus Zollinger, Schulleitung Christine Walter (Talacker), Stv. Leiter Sonderpädagogik Marco Perini,

Leiterin Tagesstrukturen, Nicole Klughardt, Leiterin SPD Yvonne Fuchs, SSA Elias Schwegler

Der Ausschuss wird durch die operative Q-Gruppe Sonderpädagogik/ Inklusion unterstützt. Leiter Sonderpädagogik Matthias Maurer, Schulleiter René Hartmann (Krämeracker), Schulleiterin (Sandra Grimm).

#### 5. Ausschuss Schulraum

Als Mitglieder des Ausschusses Schulraum für die Amtsdauer 2022 – 2026 werden gewählt:

- Richard Schmid (Vorsitz)
- Patricia Bernet (Mitglied)
- Andy Jossi (Mitglied)
- Operative Mitarbeitende:
  - o Fachverantwortlich: PSV Marianne Minder, Steffi Riederer
  - o Administration: PSV Marianne Minder, Steffi Riederer
  - o Weitere Mitglieder: Schulleitung Ernesto Archer (Oberuster), GF Liegenschaften Karin Reifler, GF Liegenschaften Peter Fried
- Betreffend Sitzungen zu Schulraummonitoring:
  - o Projektleitung immoprogress AG, Cédric Perrenoud
  - o Fach- und Administrativverantwortliche Marianne Minder, Steffi Rieder
  - o Abteilungsleiter Bildung/Gesamtschulleiter Markus Zollinger
  - o Leiter Schulverwaltung, Guido Schär
  - o Abteilung Bau Patrick Neuhaus
  - o Abteilung Finanzen
  - o Schulleitungen je nach Bauprojekten
  - o externe bei Bedarf

Für Unterhalts- und Sanierungsprojekte werden die Schulpflegemitglieder des Ausschusses Schulraum wie folgt zugeteilt:

|                 | Hasenbühl-Wermatswil | Niederuster / Tagesschule | Oberuster | Talacker | Nänikon Gschwader | HPSU | Pünt | Krämeracker |
|-----------------|----------------------|---------------------------|-----------|----------|-------------------|------|------|-------------|
| Patricia Bernet | stv.                 | 1                         |           |          | stv.              |      | 1    | 1           |
| Richard Schmid  |                      |                           | 1         | 1        |                   | 1    | stv. | stv.        |
| Andy Jossi      | 1                    | stv.                      | stv.      | stv.     | 1                 | stv. |      |             |

#### 6. Kommission Finanzen und ICT

Als Mitglieder der Kommission Finanzen für die Amtsdauer 2022 – 2026 werden gewählt:

- Erich Werder (Vorsitz)
- Patricia Bernet (Mitglied)
- Roger Kleinert (Mitglied)
- Operative Mitarbeitende:
  - o Fachverantwortlich: Primarschulverwaltung, Controlling Lydia Brunner
  - o Administration: Primarschulverwaltung, Controlling Lydia Brunner
  - o Weitere Mitglieder: Abteilungsleitung Bildung/Gesamtschulleiter, Markus Zollinger, Bei Bedarf: Leiter Schulverwaltung, Guido Schär

- Nach Bedarf bei ICT-Traktanden: Primarschulverwaltung, Fachstelle ICT, Patrick Gacond, PICTS Christian Städelin
  - Gäste nach Bedarf, mind. 1x jährlich:
    - Abteilungsvorsteher Finanzen, Abteilungsleitung Finanzen, Patrick Wolfensberger, Mitarbeiterin Finanzen Bildung
7. Kommission Schulentwicklung/ QM  
Als Mitglieder der Kommission Qualitätsmanagement und Schulentwicklung für die Amtsdauer 2022 – 2026 werden gewählt:
- Erich Werder (Vorsitz)
  - Patricia Bernet (Mitglied)
  - Nathalie Boss (Mitglied)
  - Operative Mitarbeitende:
    - Fachverantwortlich: Gesamtschulleiter, Markus Zollinger
    - Administration: Primarschulverwaltung, QM
    - Weitere Mitglieder: Leitung Tagesstrukturen, Nicole Klughardt, Schulleitung Ingrid Nowak (Gschwader Nänikon)
- Die Kommission wird durch eine operative Q-Gruppe Schulentwicklung/ QM unterstützt: Gesamtschulleiter, Markus Zollinger, Schulleiterin Andrea Hofmann (Krämeracker), Schulleiterin Alexandra Burger (Talacker)
8. Kommission Schüler und Schülerinnen (SuS)-Zuteilung  
Als Mitglieder der Kommission SuS-Zuteilung für die Amtsdauer 2022 – 2026 werden gewählt:
- Roger Kleinert (Vorsitz)
  - Nathalie Boss (Mitglied)
  - Operative Mitarbeitende:
    - Fachverantwortlich: Leiter Primarschulverwaltung, Guido Schär
    - Administration: Primarschulverwaltung, SuS-Belange
9. Delegierte Zweckverband Schulgesundheitspflege Uster-Greifensee  
Als Delegierte der Schulpflege in den Zweckverband Schulgesundheitspflege Uster-Greifensee bis zum Abschluss der Integration in die Primarschule Uster (31.12.2022) werden gewählt:
- Patricia Bernet als Präsidentin und Mitglied der Betriebskommission
  - Laurent von Rotz als Mitglied der Betriebskommission, ehemaliges Primarschulpflege-mitglied
- Als Delegierte werden gewählt:
- Andrea Hofmann, Schulleiterin Krämeracker
  - Dalia Leichtentritt, Hortleitung Hasenbühl
  - Sandra Kunz, Elternrat
  - Svenja Walder, Kindergarten
  - Andreas Jossi, Primarschulpfleger
  - Susanne Strüby, ehemalige Primarschulpfegerin
  - Cigdem Ruf, Primarschulverwaltung Stab
- In die RPK wird gewählt:
- David Margelisch, ehemaliger Primarschulpfleger
10. Konfliktsensoren und -sensorinnen  
Das Projekt Konfliktmanagementsystem ist der Kommission QM & Schulentwicklung zugewiesen.  
Als Konfliktsensorin der Primarschulpflege wird gewählt: Janine Guyer
11. Projekt Tagesschule  
Als Delegierte der Schulpflege in das Projekt Tagesschule für die Amtsdauer 2022 – 2026 werden gewählt:
- Ruth Ebinger, Vorsitz
  - Patricia Bernet
  - Andy Jossi

- Weitere Mitglieder:
  - o Projektleiter: Gesamtschulleiter Markus Zollinger
  - o Stv. Projektleiterin: Schulleiterin Niederuster/Tagesschule, Eveline Anderes
  - o Schulleiterin Niederuster/Tagesschule, Sandra Grimm und Cristina Gremli
  - o Hortleiterin Niederuster/Tagesschule, Esther Farner
  - o Leiterin Tagesstrukturen, Nicole Klughardt
- Administration: Primarschulverwaltung, Karin Huber

#### 12. Projekt FaBe im Kiga

Als Delegierte der Schulpflege in das Projekt FaBe im Kiga für die Amtsdauer 2022 – 2026 werden gewählt:

- o Nathalie Boss, Vorsitz
- o Patricia Bernet

- Weitere Mitglieder gemäss Projektorganisation: Projektleiter: Markus Zollinger, stv. Projektleiter: Julia Geiger (stv. Leiterin Tagesstrukturen), externe PHZH und VSA

#### 13. Projekt Zukunft Musikschule

Als Delegierte der Schulpflege in das Projekt Zukunft Musikschule für die Amtsdauer 2022 – 2026 werden gewählt:

- o Janine Guyer, Vorsitz
- o Patricia Bernet

- Weitere Mitglieder:
  - o Gesamtschulleiter Markus Zollinger
  - o Vorstand MSUG, Mitarbeitende MSUG, nach Bedarf Mitarbeitende PSU/PSV
- Administration: MSUG, HERZKA Hector Herzig

#### 14. Baukommission Aufstockung Oberuster

Als Delegierte der Schulpflege in die Baukommission Aufstockung Oberuster werden gewählt:

- o Patricia Bernet (Vorsitz)
- o Richard Schmid
- o Stv. Andy Jossi

- Projektleiter, Bauherrenvertreter: Projektbeweger GmbH
- Weitere Mitglieder gemäss PSP Beschluss Zusammensetzung Baukommission
- Administration: PSV Stefanie Rieder

#### 15. Baukommission Erweiterung Gschwader

Als Delegierte der Schulpflege für die Baukommission Erweiterung Tagesstrukturen Gschwader werden gewählt:

- o Patricia Bernet (Vorsitz)
- o Andy Jossi
- o Stv. Richard Schmid

- Projektleiter, Bauherrenvertreter: Projektbeweger GmbH
- Weitere Mitglieder gemäss PSP Beschluss Zusammensetzung Baukommission
- Administration: PSV Stefanie Rieder

#### 16. Baukommission Ersatzneubau und Erweiterung Talacker/HPSU

Als Delegierte der Schulpflege in das Projekt Ersatzneubau und Erweiterung Talacker/HPSU werden gewählt:

- o Patricia Bernet (Vorsitz)
- o Richard Schmid
- o Stv. Andy Jossi

- Projektleiter, Bauherrenvertreter: Projektbeweger GmbH
- Weitere Mitglieder gemäss PSP Beschluss Zusammensetzung Baukommission

### Sekundarschulpflege, Konstituierung für die Amtsdauer 2022-2026

Die Sekundarschulpflege hat sich wie folgt konstituiert (Sekundarschulpflegebeschluss 101 vom 5. Juli 2022):

| Ressort                                       | Mitglieder - Name Vorname | Stellvertretung     |
|---|---------------------------|---------------------|
| Präsidium                                     | Scherrer Benno            | Balmer Kunz Sabine  |
| Vizepräsidium/Qualität+Personal (Q+P)         | Balmer Kunz Sabine        |                     |
| Mitglied Q+P ( <i>Schwerpunkt P</i> )         | Flühmann Manfred          |                     |
| Mitglied Q+P ( <i>Schwerpunkt Q und ICT</i> ) | Bigler Anina              |                     |
| Finanzen                                      | Bucher-Heer Margrit       | Scherrer Benno      |
| Liegenschaften                                | Baier Marcel              | Scherrer Benno      |
| Schülerbelange                                | Gisi Ellen                | Gasser Christine    |
| Sicherheit + Recht                            | Stammbach Matthias        | Scherrer Benno      |
| Sonderpädagogik                               | Gasser Christine          | Bucher-Heer Margrit |

| Stetige Delegationen  | Mitglieder - Name Vorname |
|---|---------------------------|
| KuSs ZO; Vorsitz Beirat   | Bigler Anina              |
| Musikschule Uster-Greifensee; Delegierte  | Gisi Ellen                |
| Pro Jugend Uster; Mitglied ( <i>bis 16. September 2022</i> )  | Bigler Anina              |
| Zweckverband Schulgesundheitspflege Uster-Greifensee;<br>Betriebskommissionsmitglied Ressort Prophylaxe | Balmer Kunz Sabine        |
| Zweckverband Schulgesundheitspflege Uster-Greifensee;<br>Mitglied RPK                                   | Bucher-Heer Margrit       |

Die nächste Sitzung des Gemeinderates findet am 14. November 2022 statt.

Für das Protokoll  
28.9.2022

Der Ratsschreiber  
Daniel Reuter

Die Richtigkeit und Vollständigkeit  
des Protokolls bezeugen

30.9.2022

Der Präsident  
Jürg Krauer